

BROK - BENELUX-PAPIER WAR ÜBERFÄLLIG

Brüssel, am 21 Juni, 2001

Der Weg, den die **Benelux-Regierungen** hin zur nächsten Regierungskonferenz beschreiten wollen, ist im wesentlichen der richtige, erklärte heute Elmar Brok, der Vertreter des Europäischen Parlaments in den Regierungskonferenzen von Nizza und Amsterdam. Brok lobte die drei Benelux-Regierungen dafür, eine Europäische Union anzustreben, die wirklich handlungsfähig, demokratisch und transparent sei.

"Nach den Visionen der Schröders, Fischers, Jospins und Blairs haben Guy Verhofstadt, Wim Kok und Jean-Claude Juncker jetzt mit Weitsicht das Prozedere aufgezeigt, daß Europa gerade nach dem irischen Referendum aus der konstitutionellen Krise retten kann." Den Wunsch der drei Regierungen, Europa eine Verfassung zu geben, die sowohl die Kompetenzen regelt, als auch zur Vereinfachung der bestehenden Verträge, gerade bei den Entscheidungsverfahren, beiträgt, begrüßte Brok nachdrücklich.



Brok unterstrich, daß der vorgeschlagene Zeitplan und die Methode der richtige Ansatz seien, Forderungen, die er seit dem Gipfel von Nizza und dem unbefriedigenden Ergebnis dieser Regierungskonferenz erhoben hat.

"Wir müssen jetzt zunächst in einer breiten öffentlichen Diskussion grundsätzlich darüber reden, wie eine erweiterte Union mit mehr als 25 Mitgliedstaaten künftig aussehen soll. Dabei müssen die nationalen Parlamente, das Europäische Parlament, die Kommission und die Mitgliedstaaten beteiligt werden. Die Ergebnisse dieser Überlegungen müssen dann strukturiert werden und schließlich zur einzigen Verhandlungsgrundlage einer weiteren Regierungskonferenz gemacht werden, die bis Ende 2003 abgeschlossen werden könnte. So wird sichergestellt, daß an den Europawahlen im Sommer 2004 die ersten Kandidatenländer teilnehmen können", so Brok.

Im Gegensatz zum Benelux-Grundsatzpapier erklärte Brok aber auch, daß die Ratifizierung des Vertrags von Nizza keine Bedingung für die Erweiterung sei. Wesentliche Aspekte um Stimmzahlen im Rat und im Europäischen Parlament könnten auch in den Beitrittsverträgen geregelt werden, wie schon Kommissionspräsident Romani Prodi in einem heute veröffentlichten Interview der Irish Times bemerkt hatte.

**Weitere Informationen: Elmar Brok MdEP (322) 284 5323 oder EVP-ED-
Pressestelle, Rupert KRIETEMEYER (32 - 0 - 475) 80 86 00**